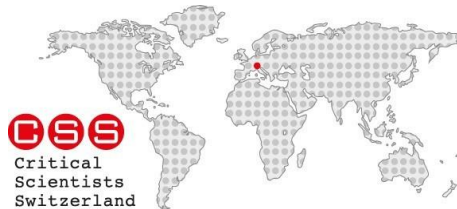


Research Center for Atmospheric Physics and Climatology



MARIOPOULOS - KANAGINIS FOUNDATION  
FOR THE ENVIRONMENTAL SCIENCES



Fondation  
Charles Léopold Mayer  
Pour le progrès humain

**Triodos Foundation**

## Internationale Konferenz

Wissenschaft und Politik in Zeiten von Multikrise und Dissens:  
Fragen der Deutungshoheit, Autorität, Evidenz und politisch-ökonomischer  
Entscheidungsfindung  
Akademie von Athen, 15.–17. Mai 2025

Konferenzbericht  
an das Europäische Parlament und die Europäische Kommission

Präsentation im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Brüssel am 24. März 2026

*Konferenzprogramm, Abstracts, Präsentationen und Videoaufzeichnungen: siehe*  
<https://ensser.org/events/2025/conference-documentation-science-and-policy-in-times-of-multicrisis-and-dissent/>

Die Konferenz befasste sich mit den komplexen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik im Zeitalter globaler Krisen. Viele Wissenschaftler beklagen, dass ihre Erkenntnisse und Schlussfolgerungen von politischen Entscheidungsträgern ignoriert werden, während diese oft behaupten, ihre Politik und ihr Handeln seien "wissenschaftsbasiert". Autokratische Regierungen versuchen sogar, die Wissenschaft unter ihre Kontrolle zu bringen und sie zu manipulieren, damit sie ihren Interessen dient. Der Hauptfaktor, der die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik zusätzlich kompliziert, ist jedoch ein Dritter, der oft als "Elefant im Raum" bezeichnet wird: Industrie und Handel.

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts haben sich Wissenschaft und Politik unter dem wachsenden Einfluss immer mächtigerer Wirtschaftsinteressen entwickelt. Während die Wissenschaft einen Großteil ihrer früheren öffentlichen Autorität und Legitimität verloren hat, präsentieren sich Lobbyisten der Wirtschaft – die jahrzehntelang der größte Geldgeber wissenschaftlicher und technologischer Forschung und Entwicklung war – so, als würden sie ausschließlich dem Gemeinwohl dienende Erkenntnisse und Innovationen fördern. Andererseits leugnen oder verschleiern sie gleichzeitig ihre zunehmende Kontrolle über wissenschaftliche und technologische Forschung und Entwicklung, Investitionen, Regulierungen und Innovationsprozesse. Darüber hinaus ist die wissenschaftliche Beratung von politischen Entscheidungsträgern oft heftig umstritten,

insbesondere wenn Politik und Wissenschaft unterschiedlicher Meinung sind. Politische Entscheidungen, die angeblich durch wissenschaftliche Erkenntnisse und Empfehlungen gerechtfertigt werden, dienen jedoch oft nur kurzfristigen Unternehmens- und politischen Interessen anstatt beispielsweise dem Schutz der öffentlichen Gesundheit und/oder der Umwelt sowie der Nachhaltigkeit. Die zunehmende Dominanz privater Geldgeber in der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung hat auch dazu geführt, dass Versprechungen kommerzieller Wettbewerbsvorteile die Richtung der Forschung und Entwicklung bestimmen, fast unabhängig von erheblichen tatsächlichen Misserfolgen der Wissenschaft. In der Welt des Finanzkapitalismus, die im frühen 21. Jahrhundert vorherrscht, zählt die Investition in Forschung und Entwicklung oft mehr als die materiellen Ergebnisse, die diese liefert.

Die Konferenz wurde mit einer Podiumsdiskussion von Wissenschaftlern eröffnet, die ihre Perspektiven zum Konferenzthema kurz skizzierten. Giuseppe Longo (Centre national de la recherche scientifique und École normale supérieure, Paris) argumentierte, dass Wissenschaft, um der Demokratie zu dienen, kritisches Denken fördern und Raum für abweichende Meinungen lassen müsse. Diese Offenheit und Toleranz sind jedoch zunehmend bedroht, da mehrere Länder abweichende Meinungen einschränken und Förderstrukturen Mehrheitsdenken gegenüber unabhängiger Grundlagenforschung, die neue Denkansätze erforscht, bevorzugen. Dies war beispielsweise die Folge des projektbasierten Modells der EU, gefolgt von der Finanzierung durch einzelne Länder, trotz der Abkommen von Lissabon und Nizza von Anfang 2000, die die Mitgliedstaaten zur Unterstützung von Institutionen und Grundlagenforschung aufforderten. Dieser Trend zur Verengung von Forschungsagenden, verbunden mit der unkritischen Akzeptanz dominanter Paradigmen wie der genozentrischen Biologie oder der künstlichen Intelligenz, birgt die Gefahr, dass Wissenschaft zu einem Instrument der Anpassung statt zu einem Instrument der offenen Forschung wird.

**Damit die Wissenschaft der Demokratie dienen kann, muss sie kritisches Denken fördern und Raum für abweichende Meinungen lassen**

Die aktuelle Politik hat oft Schwierigkeiten, veraltete oder schädliche Technologien schrittweise abzuschaffen, wie Vyvyan Howard (Universität Ulster, Nordirland) deutlich gemacht hat. Beispielsweise wird Trinkwasser weiterhin fluoridiert, obwohl hochwertige Studien einen Zusammenhang mit einem reduzierten IQ bei Kindern exponierter Mütter belegen. Das Fehlen einer öffentlichen Debatte und das Fortbestehen dieser Praxis deuten darauf hin, dass institutionelle Trägheit und die Weigerung einflussreicher Persönlichkeiten, langjährige Positionen zu revidieren, maßgeblich zur Aufrechterhaltung schädlicher Praktiken beitragen. Die Überwindung solcher tief verwurzelten Ansichten und dieser Überheblichkeit ist und wird zunehmend unerlässlich für verantwortungsvolle Entscheidungen sein.

Der Diskussionsteilnehmer Ignacio Chapela (Universität von Kalifornien, Berkeley, USA) erklärte, dass es innerhalb der Wissenschaft – von der Biotechnologie bis zum öffentlichen Bildungswesen – eine lange Tradition des Widerspruchs gebe, die sich bis heute mit wachsenden Bedenken hinsichtlich mangelnder Verantwortlichkeit und überheblicher Narrative fortsetze. Im Silicon Valley habe sich die Biotechnologie mit Finanzspekulationen verstrickt und wissenschaftliche Ideale kollektiver, kritischer Forschung durch engstirnige kommerzielle Interessen ersetzt. Dies spiegele ein historisches Muster wider, das bis ins 17. Jahrhundert zurückreiche, als Wissenschaft mit Macht verknüpft und als Weg zur säkularen Erlösung durch technologischen Wandel dargestellt wurde. Dieses Narrativ war und ist eng mit etablierten, mächtigen Unternehmen und Institutionen verflochten und trägt zur Angst und Unterdrückung von abweichenden Meinungen bei.

Ricarda Steinbrecher (EcoNexus, UK) argumentierte, dass das Vorsorgeprinzip von entscheidender Bedeutung sei, insbesondere zum Schutz der Schwächsten, die den

schädlichen Folgen riskanter Technologien und politischer Entscheidungen nicht entgehen können. Dennoch werde die Politikgestaltung oft von Partikularinteressen getrieben und durch Schlagworte wie „Innovation“ und „Fortschritt“ (verwendet um bedingte Reflexe auszulösen) legitimiert, ohne zu fragen: Fortschritt von wo und wohin? Dies verschärfe bestehende Krisen, indem systemische Zusammenhänge und die Integrität von Ökosystemen ignoriert würden.

Unabhängige Wissenschaftler wurden und werden eingeschüchtert und verfolgt, wenn ihre Arbeit nicht den Interessen mächtiger Interessengruppen dient. Dies geht bis hin zur Androhung körperlicher Gewalt, wie Larissa Bombardi (Universität São Paulo, Brasilien und Universität Paris, Frankreich) aus eigener Erfahrung berichtete, nachdem sie ihre Forschung über in Brasilien verwendete, in Europa hergestellte Pestizide veröffentlicht hatte. Sie musste aus ihrer Heimat Brasilien nach Belgien fliehen. Die anderen Podiumsteilnehmer lobten ihren Mut, sich – wie Rachel Carson – öffentlich zu äußern und andere Wissenschaftler zu vertreten, die aufgrund ihrer Arbeit leiden, aber nicht gehört werden.

**Unabhängige  
Wissenschaftler  
werden  
eingeschüchtert und  
verfolgt, wenn ihre  
Arbeit nicht den  
Partikularinteressen  
dient**

Pseudowissenschaftliche Kritik, Unterdrückung von Veröffentlichungen, persönliche Verleumdungskampagnen, SLAPP-Klagen, Entzug von Fördermitteln und Entlassung sind weitere gängige Mittel, die gegen kritische Wissenschaftler eingesetzt werden. Viele Mitglieder von ENSER haben diese skrupellosen Taktiken selbst erlebt. Politik und Regierungen sollten diesem Trend entgegenwirken, indem sie sich für eine unabhängige Wissenschaft einsetzen. Die USA zeigen derzeit den gegenteiligen Trend: Die Regierung selbst instrumentalisiert und politisiert die Wissenschaft, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen.

Die Diskussion mit den Podiumsteilnehmern warf mehrere wichtige Fragen auf. In dieser Krisenzeit besteht die Gefahr, dass wir unser Denken verengen und dominante, oft mächtige, aber einseitige Narrative verstärken – wie etwa die Darstellung des Klimawandels als reines Problem von Kohlendioxid und Methan. Die Dringlichkeit ist zwar unbestreitbar, doch dürfen wir uns nicht in zu enge Denkmuster, technokratische Lösungen oder Förderpolitiken drängen lassen, die primär mächtigen Partikularinteressen dienen. Beispielsweise hinterfragen US-amerikanische Wissenschaftler, die lediglich die Aufrechterhaltung ihrer Förderbudgets fordern, nicht die tieferliegenden Fragen nach Sinn und Ausrichtung der Wissenschaft. Ohne Raum für kollektive kritische Reflexion und Auseinandersetzung zu schaffen, gerade in Krisenzeiten, werden wir die komplexen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht angemessen bewältigen können.

Es ist dringend notwendig, die vorherrschende Annahme zu hinterfragen, dass künstliche Intelligenz und Technologie unsere Krisen lösen wird, insbesondere da diese Krisen ja durch ebendiese unkritische Abhängigkeit von Technologie entstanden sind. In der Landwirtschaft beispielsweise spiegeln mächtige Allianzen wie BASF-Google und Bayer-Microsoft diesen Trend wider. Öffentliche Gelder fließen zunehmend in deren Hightech-„Lösungen“ – eine Sichtweise, die nicht nur von Industrieorganisationen wie CropLife International, sondern auch von Regierungen und Institutionen wie der UN-FAO unterstützt wird. Dadurch wird ein problematischer Kreislauf verstärkt, anstatt die eigentlichen Ursachen der Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, anzugehen.

In Bereichen wie der Biologie und Biotechnologie decken sich wissenschaftliche Paradigmen oft mit wirtschaftlichen Interessen, insbesondere wenn es um Gewinne geht. Dies kann zu einer gegenseitigen Verstärkung fehlerhafter Theorien und kommerzieller Ziele führen. Zwar gibt es abweichende Meinungen, doch werden diese unterdrückt, und viele Wissenschaftler greifen auf reduktionistische Modelle zurück – wie die Betrachtung

des Gehirns als Computer –, die gewinnbringende technologische Narrative bequem stützen.

In der ersten Sitzung der Konferenz wurde das aktuelle Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik und Entscheidungsfindung erläutert. Brian Wynne (im Ruhestand, Lancaster University, Großbritannien) argumentierte, dass die Wissenschaft in modernen Demokratien zunehmend als Ersatz für geschwächte politische Autorität herangezogen wird. Dies reduziert komplexe soziale und politische Probleme auf rein technowissenschaftliche Fragestellungen und schließt demokratische Debatten und die Beteiligung der Öffentlichkeit aus. Der Wandel von der öffentlichen zur unternehmerischen Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung seit den 1980er Jahren wurde weitgehend ignoriert. Wissenschaftliche Institutionen haben sich diesem Wandel angepasst und priorisieren dabei oft unternehmensgetriebene Innovationen gegenüber öffentlichen Belangen. Infolgedessen ist die Sprache von „Wissenschaft und Politik“ irreführend, da private Interessen heute beide Bereiche prägen. Wynne forderte eine stärkere Aufmerksamkeit gegenüber dem unternehmerischen Einfluss auf Wissenschaft und Politik, der sich häufig der öffentlichen Rechenschaftspflicht entzieht. Die Forschungsförderung wird von vagen kommerziellen Versprechen und eng gefassten Risikobewertungen bestimmt, während die umfassenderen gesellschaftlichen Auswirkungen ignoriert werden. Seit dem Aufstieg des Neoliberalismus hat die private Finanzierung die öffentliche Unterstützung für die wissenschaftliche Forschung zunehmend in den Schatten gestellt und zu einer Dominanz unternehmensgetriebener Wissenschaft geführt.

**Private Finanzierung hat die öffentliche Unterstützung in den Schatten gestellt, was zu einer Dominanz unternehmensgetriebener Wissenschaft geführt hat**

**Die akademische Wissenschaft eröffnet Debatten, während von offiziellen wissenschaftlichen Beratern erwartet wird, dass sie diese beenden**

Erik Millstone (im Ruhestand, Universität Sussex, Großbritannien) betonte, dass Wissenschaft und Politik zwar oft getrennt bleiben sollten, in der Realität aber häufig und unausweichlich politisiert werden – wenn auch oft auf intransparente und nicht nachvollziehbare Weise. Wissenschaftliche Berater von politischen Entscheidungsträgern verfolgen grundlegend andere Ziele und Aufgaben als Wissenschaftler im akademischen Bereich, wo mit der Beantwortung einer Frage neue Fragen auftauchen. Die akademische Forschung eröffnet neue Forschungsfelder, neue Fragestellungen und neue Forschungsansätze. Von wissenschaftlichen

Beratern hingegen wird erwartet, dass sie Fragen endgültig klären und Debatten beenden, um weitere Fragen zu vermeiden. Regierungsmitglieder und beispielsweise EU-Kommissare erwarten von ihren wissenschaftlichen Beratern konkrete Handlungsempfehlungen, keine Listen von Unsicherheiten und Alternativen. Ein weitaus ehrlicherer, verantwortungsvollerer und nachhaltigerer Ansatz würde damit beginnen, anzuerkennen, dass wissenschaftliche Risikobewertungen stets von vorgefassten, wertgeladenen und kontextabhängigen Annahmen geprägt sind – Annahmen, die wir als „Risikobewertungspolitik“-Annahmen (RAP-Annahmen) bezeichnen können. Die Wissenschaft kann und sollte wichtige Beiträge zur Politikgestaltung leisten, doch sie sollte als eingebettet zwischen zwei getrennten, aber oft miteinander verbundenen Werturteilen betrachtet werden. Das eine, die Risikobewertungspläne (RAPs), sind vorgelagert, während nachgelagerte Annahmen beispielsweise Urteile darüber beeinflussen, wie politische Ziele verfolgt werden sollen, welche Maßnahmen eingesetzt werden sollen, wie schnell und zu welchen Kosten.

Im aktuellen System werden Risikobewertungsrichtlinien eher verschleiert als explizit formuliert und oft von nominell „wissenschaftlichen“ Beratern oder denjenigen festgelegt, die die Mitglieder der Risikobewertungsgremien ausgewählt haben. Unter diesen Bedingungen bleiben wichtige politische Überlegungen und Entscheidungen implizit und werden fälschlicherweise als rein wissenschaftlich dargestellt. Industrieunternehmen haben viele wissenschaftliche Gremien und deren Risikobewertungspläne (RAPs) unter ihre Kontrolle gebracht. Deshalb verbreiten sie so oft beruhigende Narrative. Um politische Entscheidungen im Bereich der Risikobewertung transparent zu machen, muss bei der Auswahl der Fragen genauso sorgfältig vorgegangen werden, wie bei der Auswahl der Antworten. RAP-Fragen spielen in der Regulierungswissenschaft immer eine Rolle, werden aber oft nicht anerkannt, implizit behandelt und sind nicht nachvollziehbar. In der Praxis werden die meisten RAP-Fragen von wissenschaftlichen Beratern entschieden, die routinemäßig als „unabhängig“, objektiv und maßgebend dargestellt werden, aber oft eng mit Industrieunternehmen verbunden sind. Entscheidungsträger, z. B. Regierungsmitglieder und EU-Kommissare, versuchen, diese wissenschaftlichen Berater als Schutzschild nutzen, um die Verantwortung für kontroverse Entscheidungen zu vermeiden. Eine wissenschaftsbasierte Politikgestaltung kann jedoch nur dann sowohl wissenschaftliche als auch demokratische Legitimität erreichen und miteinander vereinbaren, wenn Risikobewertungspläne (RAPs) explizit formuliert und auf nachvollziehbare Weise beschlossen werden.

**In der Praxis werden die meisten Fragen der Risikobewertungspolitik von wissenschaftlichen Beratern entschieden, die oft eng mit Industrieunternehmen verbunden sind**

Daher sollten politische Entscheidungsträger, Akteure der Industrie sowie Wissenschaftler nicht nur Verantwortung übernehmen, sondern auch rechenschaftspflichtig sein – jeder für seine eigene Rolle und seine eigenen Werte.

**Politiker, Akteure der Industrie und Wissenschaftler sollten Verantwortung übernehmen und rechenschaftspflichtig sein, jeder für seine eigene Rolle und seine Werte**

Irina Castro (Universität Coimbra, Portugal) legte die Verflechtung von Wissensproduktion und kommerziellen Strukturen offen. In den letzten fünfzig Jahren wurde die Wissenschaft zunehmend von Konzernlogiken und -macht vereinnahmt – zunächst formal, da Wissenschaftler an öffentlichen Universitäten stark von wettbewerbsorientierter und unternehmerischer Finanzierung abhängig wurden, und dann praktisch durch neoliberale Imperative wie Patente, Marktkennzahlen und die Unternehmer-Rolle. Die Wirtschaft wird nicht mehr als neutrales System, sondern als

gesellschaftliche Infrastruktur verstanden, die von Macht und Konflikten geprägt ist, wobei Eliteinstitutionen die wissenschaftlichen Agenden dominieren. Im Neoliberalismus wandelte sich der Staat vom öffentlichen Wohltäter zum Marktförderer und drängte die Wissenschaft durch Kürzungen der Fördermittel, Unsicherheit der Arbeitsplätze und politische Anreize, die Forschung kommerzialisieren, in Richtung marktwirtschaftlicher Ziele. Castro betonte, dass der Großteil der Forschung heute von privaten Akteuren (und deren Eigeninteressen) finanziert wird. Dieser Trend untergräbt das kollaborative, offene Ethos der Wissenschaft und entfremdet Forscher, obwohl er auch auf Widerstand gestoßen ist. Die Rückgewinnung der Wissenschaft als öffentliches Gut erfordert erneute Investitionen in die öffentliche Finanzierung und den Wiederaufbau demokratischer, rechenschaftspflichtiger und inklusiver wissenschaftlicher Institutionen.

In der zweiten Sitzung der Konferenz wurden anschauliche Beispiele für die Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Politik erörtert. Die EFSA entwickelte ein wegweisendes neues Leitliniendokument zur Risikobewertung von Pestiziden – nicht nur

für Menschen, sondern auch für Bienen. Dieses wurde jedoch von der EU aufgrund von Einwänden der Industrie nie umgesetzt, wie Barbara Berardi (Pollinis, Frankreich) erläuterte.

Angelika Hilbeck (im Ruhestand, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich) berichtete, wie sie in Südafrika als Zeugin aussagte und damit zu einem wegweisenden Urteil des Obersten Gerichtshofs im Fall des Afrikanischen Zentrums für Biodiversität gegen Monsanto/Bayer und die südafrikanische Regierung beitrug. Das Oberste Berufungsgericht hob nach Prüfung der Beweise die Zulassung von Monsantos dürreresistentem, gentechnisch verändertem (GV) Mais auf und ordnete die südafrikanische Regierung an, die gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, die sie vor der Zulassung des Mais versäumt hatte. Dieses Urteil ist auch für die EU relevant, da GV-Unternehmen nahezu identische Anträge bei allen Regulierungsbehörden weltweit einreichen, darunter auch bei denen der EU und der USA. Fast alle Regulierungsbehörden, einschließlich der EU-Behörde, haben sich wie die südafrikanische Behörde verhalten und die Angaben der antragstellenden Unternehmen ungeprüft akzeptiert. In Südafrika hingegen forderte das Gericht die Regierung auf, sich an das Gesetz zu halten, anstatt eine Bewertung der Industrie einfach abzusegnen. Damit schuf das höchste südafrikanische Gericht einen Präzedenzfall, indem es unabhängig von der Regierung handelte. Es verlieh dem Vorsorgeprinzip mehr Durchsetzungskraft, während es in Europa oftmals nur Fassade bleibt.

**Die Rückgewinnung der Wissenschaft als öffentliches Gut erfordert erneute Investitionen in die öffentliche Finanzierung und den Wiederaufbau demokratischer, inklusiver wissenschaftlicher Institutionen**

Die Journalistin Elena DeBre (Lighthouse Reports) berichtete über den „Bonus Eventus“-Skandal. Dabei ging es um eine geheime Datenbank mit abfällig wertenden Profilen von Umweltschützern, Wissenschaftlern, Politikern und anderen, die als Gegner von Pestiziden und gentechnisch veränderten Pflanzen oder als Befürworter von ökologischen und anderen alternativen Anbaumethoden galten. Die Datenbank wurde von einer PR-

**Südafrikas höchstes Gericht hob die Zulassung von Monsantos gentechnisch verändertem Mais auf und verlieh dem Vorsorgeprinzip damit Nachdruck, während es in Europa oftmals nur Fassade bleibt**

Agentur mit Verbindungen zu Syngenta und anderen Agrarchemiekonzernen erstellt und von dieser an Aufsichtsbehörden und Branchenführer weitergegeben, um Kritik im Keim zu ersticken und zu untergraben, beispielsweise durch Sabotage einer Konferenz zu Pestizidrisiken in Kenia.

Andrea Beste (Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur, Deutschland) präsentierte die Problematik der Bodenwissenschaft und -politik. Obwohl die Bodenpolitik auf EU-Ebene fortschrittlicher ist, als die der meisten Mitgliedstaaten,

wurden die Regulierungsvorschläge der Europäischen Kommission seit 2002 aufgrund des anhaltenden Widerstands von mit der Agrarindustrie verbundenen Bauernorganisationen noch immer nicht umgesetzt. Die Agrarlobby untergräbt die Karrieren von Politikern, indem sie Umweltschutzmaßnahmen als Bedrohung für Arbeitsplätze darstellt und mit irreführender Rhetorik, wie dem Schlagwort der „sound science“, den fortgesetzten Einsatz von Pestiziden rechtfertigt. Dabei ignoriert sie die wachsende wissenschaftliche Evidenz für die Agrarökologie. Trotz zahlreicher Daten, die bessere Praktiken belegen, herrscht weiterhin politische Untätigkeit, die vor allem durch festgefahrene Interessen, kurzfristiges Denken und den Druck von Konzernen bedingt ist. Letztlich liegt das Scheitern bei der Umsetzung eines wirksamen Bodenschutzes in der EU weniger an

mangelndem Wissen über entstandene Schäden und deren Minderung, sondern vielmehr an vorsätzlicher Fahrlässigkeit und Profitgier.

Ricarda Steinbrecher (EcoNexus, UK) erläuterte den Fall gentechnisch veränderter Organismen (GVO) und neuer Genomtechniken (NGT) und argumentierte, dass hier engstirnige, selektive wissenschaftliche Interpretationen im Vergleich zu agrarökonomischen, sozialen, ethischen und anderen Faktoren ein zu hohes Gewicht in der Politik erhalten. Ein weiteres Merkmal dieses Bereichs ist der gezielte Missbrauch, die Umdefinition oder die Herabsetzung wissenschaftlicher und allgemeiner Begriffe (z. B. „Cisgenese“, „Züchtung“, „Präzision“), um die Sachlage zu verschleiern, die für eine sinnvolle Debatte notwendige Klarheit und Sprache zu untergraben und die Öffentlichkeit zu verwirren oder irreführen, sodass diese keine fundierten Urteile mehr fällen kann. Der Vorschlag der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2023 zur Ausnahme der NGT von der EU-GVO-Gesetzgebung enthält zwar Kriterien, nach denen NGT-Pflanzen konventionellen Pflanzen gleichwertig sein sollen, doch diese Kriterien sind wissenschaftlich gesehen willkürlich und mangelhaft.

**Das Versäumnis, in der EU wirksame Bodenschutzmaßnahmen umzusetzen, ist weniger auf mangelndes Wissen als vielmehr auf vorsätzliche Fahrlässigkeit und Profitgier zurückzuführen**

Bislang ist das Schicksal dieses NGT-Vorschlags noch ungewiss: Das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten und die Kommission konnten sich noch nicht einigen. Ein Online-Teilnehmer aus Kenia merkte an, dass die Entscheidung der EU bezüglich der NGTs für Kenia von großer Bedeutung sei, da Kenia sich üblicherweise an der EU-GVO-Politik orientiere.

Anders als im Bereich der Gentechnik, wo es unter Wissenschaftlern viele Meinungsverschiedenheiten gibt, ist die Uneinigkeit in der Klimaforschung deutlich geringer, obwohl auch hier kein Konsens erzielt wird. „Wissenschaftlicher Konsens“ ist ohnehin ein Widerspruch in sich, da Uneinigkeit und Kritik zum Wesen der gesamten Wissenschaft gehören. Jim Skea, Vorsitzender des Weltklimarats (IPCC), erklärte, dass der IPCC gegründet wurde, um Regierungen mehr Einfluss auf die Klimaforschung zu ermöglichen, nachdem die Vorgängerorganisation unabhängiger Wissenschaftler kontroverse Ergebnisse erzielt hatte. Die Berichte des IPCC kategorisieren wissenschaftliche Erkenntnisse nach Übereinstimmungsgrad und Vertrauenswürdigkeit und verwenden dabei Wahrscheinlichkeitsbegriffe wie „wahrscheinlich“ ( $\geq 66\%$ ). Eine bemerkenswerte Kontroverse: der Fehler bei der Berechnung des „Himalaya-Gletschers“, führte zu einer externen Überprüfung und zur Einführung eines Fehlerprotokolls. Jüngste Emissionsszenarien wurden kritisiert, da sie auf spekulative Technologien wie BECCS (Bioenergie mit  $\text{CO}_2$ -Abscheidung und -Speicherung) und CDR ( $\text{CO}_2$ -Entfernung) setzen und den Status quo der sozioökonomischen Entwicklung überbetonen – nur 5% befassen sich mit substanziellen Systemveränderungen. Zudem beeinflussen politische Zwänge die Formulierung der Schlussfolgerungen, indem Regierungen Emissionsreduktionen als bedingte Szenarien und nicht als konkrete politische Vorgaben darstellen.

**Der wissenschaftliche Konsens ist ein Widerspruch in sich**

Obwohl der IPCC sich redlich bemüht, den Regierungen die verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse detailliert darzulegen, ist es offensichtlich, dass die meisten Regierungen die grundlegende Unsicherheit und Unvollständigkeit der Wissenschaft – sei es beim Klimawandel oder in anderen Bereichen – nicht anerkennen. Generell gilt: Obwohl mehr Forschung zu vielen drängenden Problemen notwendig ist, dient der ständige Ruf nach mehr Forschung seitens der Politik oft

nur als Ausrede, um Verantwortung zu vermeiden und nicht zu handeln. Bei vielen

Themen ist ausreichend verlässliches Wissen vorhanden, um wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Viele kritische Fragen lassen kein weiteres Aufschieben politischen Handelns zu.

Im Verlauf dieser Sitzung trat ein weiterer Fall von Konflikten zwischen Wissenschaft und Politik zutage. Es wurde deutlich, dass ökologischer Landbau entscheidend für den Bodenschutz, die Bekämpfung des Klimawandels und den Erhalt der Biodiversität ist. Regierungen zögern oft, den ökologischen Landbau explizit zu fördern und argumentieren, dass Verbraucher die höheren Kosten für Bioprodukte nicht tragen können oder wollen. Da der ökologische Landbau nicht nur in den drei genannten Bereichen von entscheidender Bedeutung ist, sondern auch die menschliche Gesundheit fördert, stellt sich die Frage, warum die Verbraucher die Mehrkosten tragen sollen. Warum gelten Gesundheit, Biodiversität, Bodenschutz und Klimaschutz als Luxusgüter, die sich nur wenige leisten können? Wie kann die Politik hier einen Wandel herbeiführen?

Die dritte Sitzung befasste sich mit der Zukunft und der Frage einer fruchtbareren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik. Christine von Weizsäcker (Bundesverband Deutscher Wissenschaftler und Deutsche Gesellschaft für Humanökologie) argumentierte, dass politische Entscheidungen auf dem „besten verfügbaren wissenschaftlichen Wissen“ und nicht auf dem, was als sogenannte „sound science“ (auf Deutsch in etwa „fundierte Wissenschaft“) bezeichnet wird, basieren sollten. Das „beste verfügbare wissenschaftliche Wissen“ steht im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip, einer Strategie, die die Armen begünstigt: die Armen haben nicht das Geld, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Sie benötigen dringend Klimaschutz, den Schutz der Biodiversität und eine nachhaltige Nutzung. Sie brauchen Menschenrechte (einschließlich des Rechts auf Wissenschaft) und sie brauchen Vorsorge. Sie können sich nicht wie die Reichen vor Schäden und Katastrophen schützen, indem sie auf Kosten der Zukunft späterer Generationen leben. Der Begriff „sound science“ wird hingegen so interpretiert, dass Prävention zwar möglich ist, aber nur, wenn die Kausalkette vollständig bewiesen ist und ein wissenschaftlicher Konsens besteht (der ohnehin nicht real existieren kann). Somit bedeutet „sound science“ in der Praxis: Aufschub von politischen Entscheidungen;

**Die ständigen Forderungen von Politikern nach mehr Forschung sind oft nur eine Ausrede, um keine Verantwortung zu übernehmen und nicht zu handeln**

**Die Armen brauchen das Vorsorgeprinzip: Sie können sich nicht aus Schäden und Katastrophen herauskaufen**

Umkehr der Beweislast - und die Armen können nicht auf Kosten der Zukunft leben und leiden. Das ist das Gegenteil des Vorsorgeprinzips.

Ephraim Pörtner (Critical Scientists Schweiz und Universität Zürich) und Ulrich Loening (im Ruhestand, Universität Edinburgh, Großbritannien) erläuterten, warum Wissenschaft in ihrer gegenwärtigen Form oft Teil des Problems ist und, wie sie Teil der Lösung

werden kann. Die Ansicht, Wissenschaft sei unpolitisch oder könne und solle um jeden Preis vermeiden, politisch zu sein, ist nach wie vor weit verbreitet. Forschende, die glauben, im Rahmen einer unpolitischen, wertneutralen Wissenschaft zu arbeiten, ignorieren jedoch oft schlichtweg, wie politisch dominante Annahmen ihre Fragen, Anliegen oder Ziele prägen. Angesichts der beunruhigenden Geschichte der Verstrickung der Wissenschaft in Kolonialismus und Imperialismus, müssen wir den auf Kontrolle und Dominanz ausgerichteten Ansatz nach Bacon ablehnen.

**Es bedarf pluraler Wissenschaftsformen, die auf gegenseitiger Verantwortung und zivilisierter Meinungsverschiedenheit beruhen**

Stattdessen sollten wir vielfältige Perspektiven zulassen, die die Vielfalt der Weltanschauungen, Erfahrungs- und Erforschungsformen, einbeziehen. Wir müssen die Wissenschaft neu überdenken, zurückgewinnen und radikal verändern, indem wir verschiedene Stränge kritischer Forschung unter dem Banner der „konvivialen Wissenschaft“ vereinen: pluralistische Formen der Wissenschaft, die auf gegenseitiger Verantwortung und zivilisierter Meinungsverschiedenheit beruhen und uns miteinander und mit unseren ökologischen Netzwerken verbinden.

John Ioannidis (Stanford University, USA) näherte sich derselben Frage aus einer anderen Perspektive und wies darauf hin, dass die meisten veröffentlichten wissenschaftlichen Forschungsarbeiten verschiedenster Fachrichtungen die Standards der Reproduzierbarkeit und Transparenz nicht erfüllen. Dies führt zu Problemen, verschwendet viel Engagement und untergräbt das Vertrauen in die Wissenschaft. Es gibt zahlreiche laufende Bemühungen, die Reproduzierbarkeit, Transparenz und letztlich die Glaubwürdigkeit und den Nutzen wissenschaftlicher Erkenntnisse zu verbessern. Jährlich werden über sieben Millionen wissenschaftliche Artikel veröffentlicht, doch das System wird maßgeblich durch den Publikationsdruck gesteuert. Angemessene qualitative Anreize und Forschungsbewertungen könnten dazu beitragen, Forschungsdesign, -durchführung und -ergebnisse zu verbessern.

Im abschließenden Runden Tisch der Konferenz betonte Petros Varelidis (Griechisches Umweltministerium), dass die Wissenschaft nur ein Faktor unter vielen bei politischen Entscheidungen sei. Industrieinteressen und gesellschaftliche Wahrnehmungen seien weitere wichtige Aspekte, und Politiker müssten ein Gleichgewicht zwischen all diesen Faktoren finden, damit die Gesellschaft ihre Entscheidungen akzeptiere. Politische Entscheidungen könnten und sollten daher mitunter von wissenschaftlichen Erkenntnissen abweichen. Politiker erkennen dies nicht immer an, da sie so die Verantwortung für ihre Entscheidungen nicht auf Wissenschaftler abwälzen können. Edward Henry (US-Landwirtschaftsministerium) argumentierte, Regierungen müssten die Perspektive der sie beratenden Wissenschaftler berücksichtigen: Beispielsweise könnten induktives und deduktives Denken in der Wissenschaft unterschiedliche Bilder eines Problems liefern; auch kurz- und langfristige wissenschaftliche Überlegungen könnten sich unterscheiden.

Aude Lapprand (Sciences Citoyennes, Frankreich) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Forschungsagenda der EU und wies darauf hin, dass es bei der Festlegung der Agenda des 10. Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (FP10, Laufzeit 2028–2034) weder Transparenz noch Demokratie gibt. Bislang scheint sich die Agenda des Programms hauptsächlich auf Sicherheit, Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit zu konzentrieren; FP10 könnte sogar in einen Wettbewerbsfähigkeitsfonds umgewandelt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind an der Agenda-Festlegung nicht beteiligt: dies stellt einen eklatanten „demokratischen blinden Fleck“ dar. Daraus resultieren politische Entscheidungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern wahrscheinlich nicht mitgetragen werden: so gibt es beispielsweise keine Anzeichen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger an sogenannten „smart cities“ (auf Deutsch: „intelligente Städte“) interessiert sind. Bürgerkonventionen (mit der verpflichtenden Übernahme von Empfehlungen in mindestens 10% des Budgets) könnten hier Abhilfe schaffen.

**FP10 hat einen demokratischen blinden Fleck: Die Bürger werden nicht in die Agenda-Festlegung einbezogen**

David Gee (Brunel University, London) präsentierte im Rahmen der Gesprächsrunde bewährte Maßnahmen, die zur Schadensminimierung beigetragen und weniger schädliche technologische Innovationen angeregt haben:

1. Geduld und Beharrlichkeit sind entscheidend: Es kann 30 bis über 100 Jahre dauern, eine weit verbreitete und profitable, aber schädliche Technologie zu ersetzen.

2. Unabhängige wissenschaftliche Forschung sollte durch Abgaben auf neu entstehende schädliche Produkte finanziert werden. Die Abgaben werden von Gremien politisch unabhängiger Wissenschaftler erhoben. Dieses Modell wurde von der US-Regierung eingeführt, nachdem 1985 die Bedrohung der Ozonschicht durch FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) nachgewiesen wurde. Die Höhe der Abgabe steigt, je mehr sich die Beweislage für die Schädlichkeit von „möglich“ über „wahrscheinlich“ zu „bestätigt“ entwickelt. Dies stellt mittelfristig eine stetig wachsende Quelle öffentlicher Investitionen dar und bietet Herstellern schädlicher Stoffe einen kontinuierlichen Anreiz, weniger gefährliche Alternativen zu entwickeln.

3. Unabhängige Wissenschaftler, die nach der Veröffentlichung unbequemer Beweise für die Schädlichkeit von Stoffen massiv schikaniert werden, müssen geschützt werden.

4. Fördern Sie bessere und weniger schädliche Innovationen, die die schädliche Technologie ohnehin fast immer letztendlich ersetzen (z. B. Asbestersatzstoffe).

5. Unterstützen Sie Entschädigungsansprüche, die oft Veränderungen anstoßen.

6. Die rechtlichen Möglichkeiten, die das europäische des Vorsorgeprinzip bietet, sollten verstärkt genutzt werden.

7. Setzen Sie die Wirkung von Fernsehdokumentationen und anderen Formen des investigativen Journalismus ein, um die Schäden aufzudecken und die Gesellschaft zum Handeln zu bewegen.

8. Nutzen Sie die Gesetze zur Transparenz und zum Zugang zu Dokumenten sowie zu Gerichten, die durch die Aarhus-Konvention, die US-amerikanischen und anderen Informationsfreiheitsgesetze und die EU-Richtlinien zum Zugang zu Dokumenten ermöglicht werden, intensiver und umfassender.

Gee forderte außerdem die Einrichtung einer Auszeichnung für Wissenschaftler, die frühzeitig vor potenziellen Gefahren durch Substanzen oder Technologien gewarnt haben und dafür eingeschüchtert wurden, deren Warnungen sich aber später als richtig erwiesen.

## **Empfehlungen**

1. Die EU, insbesondere die Europäische Kommission, sollte ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Achtung und Umsetzung des Vorsorgeprinzips nachkommen und dessen Verletzung sowie die Untergrabung durch die Industrie unterbinden. Das Vorsorgeprinzip ist von entscheidender Bedeutung für den Schutz all jener, die sich nicht selbst schützen können.
2. Alle Akteure im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik, d.h. politische Entscheidungsträger, Akteure aus der Industrie, Universitäten und Wissenschaftler, sollten nicht nur Verantwortung übernehmen, sondern auch demokratisch rechenschaftspflichtig sein, jeder für seine eigene Rolle und seine eigenen Werte.
3. Politikverantwortliche und Regierungen sollten unabhängige Wissenschaft und unabhängige Wissenschaftler vor Einschüchterung und Belästigung schützen, insbesondere diejenigen, die ihre Politik kritisieren und abweichende Meinungen äußern.
4. Wissenschaftsbasierte Politikgestaltung kann wissenschaftliche und demokratische Legitimität nur dann erreichen und miteinander vereinbaren, wenn Risikobewertungspolitiken (RAPs) explizit formuliert und berücksichtigt werden.

**Die EU sollte aufhören, gegen das Vorsorgeprinzip zu verstoßen und zuzulassen, dass es von der Industrie untergraben wird**

5. Politische Maßnahmen sollten auf dem „besten verfügbaren wissenschaftlichen Kenntnisstand“ und nicht auf voreingenommenen Behauptungen über sogenannte „sound science“ beruhen.
6. Die Wissenschaft muss vom Einfluss des Marktfundamentalismus befreit werden; dazu ist eine erhebliche Aufstockung der öffentlichen Mittel für Grundlagenforschung und gemeinwohlorientierte Forschung erforderlich. Eine Finanzierungsquelle könnte eine geringe Steuer auf schädliche Substanzen sein, sobald diese aus der Forschung hervorgehen (z.B. im Stadium „möglicherweise krebserregend“ im Rahmen der IARC-Bewertung der Karzinogenität). Die Einnahmen daraus sollten ausschließlich für öffentlich finanzierte Forschung zu den Gefahren und zur Entwicklung weniger schädlicher Alternativen verwendet werden.
7. Die Bürger müssen in die Erstellung der Agenda des 10. Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (2028 - 2034) und in die von diesem unterstützten Projekte, sowie in andere große Investitionen in Forschung und Entwicklung einbezogen werden.
8. Es müssen entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass die Industrie Risikobewertungsrichtlinien vereinnahmt. Der Drehtüreffekt zwischen Politik und Wirtschaft, der typischerweise mit Partikularinteressen einhergeht, sollte verboten oder stark eingeschränkt werden.
9. Alle Risikobewertungsgremien sollten regierungsunabhängige Bürgervertreter umfassen, die in der Lage sind, kritische Fragen zu stellen und abzustimmen.
10. Privatwirtschaftlich finanzierte Wwissenschaft muss als solche gekennzeichnet und von Risikobewertungen ausgeschlossen werden, da sie in der Regel auf Unternehmensinteressen ausgerichtet ist.
11. Der „konvivial science“, also der Wissenschaft, die auf gegenseitiger Verantwortung gegenüber einander, künftigen Generationen und der Erde sowie auf zivilisiert ausgetragener Meinungsverschiedenheit beruht, sollte bei jedem Förderprogramm Priorität eingeräumt werden.